

die Behörde erteilt, den Verkauf solcher Gegenstände einzuschränken. Die maßgebende Behörde, an der sich auch die höchsten Medizinalbehörden des Reichs und Preußens lebhaft beteiligen, gab Beschlüsse, das ganze trübe Kapitel des Geburtenrückganges aufzurollen und die Mittel seiner Bekämpfung eingehend zu erörtern. Dabei ergab sich Uebereinstimmung darüber, daß die Einschränkung des Verkaufs antikonzeptioneller Mittel, oder gar das allgemeine Verbot nicht ein Mittelmittel gegen den Geburtenrückgang in Deutschland darstellen könne. Von der überwiegenden Mehrheit der Kommission, von allen bürgerlichen Parteien und von sämtlichen Regierungswertretern wurde aber gegen den Widerspruch der Sozialdemokratie ein geschlossenes Votum gegen den heute üblich gewordenen Handelsverkehr solcher Mittel für notwendig und für wichtig im Interesse der Bevölkerungserhaltung gehalten. Ein einmütiges und überzeugendes Votum sprach sich in dieser Richtung der bekannte vorkonzernistische Abgeordnete Raumann und der vorkonzernistische Abgeordnete Bumm aus. Die Frage der Bekämpfung des Geburtenrückganges habe mit Religion und Berufsstand nichts zu tun. Es könne auch nicht noch schließliche, stichtische Maßnahmen beurteilt werden. Vom Standpunkt des einzelnen Ehepartners Wunsches Beschränkung der Kinderzahl unter Umständen stichtische Pflicht sein. Hier aber handle es sich um eine Volkfrage, um die Frage, ob das deutsche Volk die Kraft zur Lebensbejahung noch habe und zum Ausdruck bringen wolle, oder ob es von maßhaltender Furcht vor der Fülle von Menschen überhäuft werde. Für den Vaterlandsraum könne es nur eine entscheidende Befähigung der Bevölkerung geben.

Es seien keineswegs in erster Linie wirtschaftliche Gründe, welche den Geburtenrückgang begründeten. Es sei vielmehr eine internationale Erscheinung, die sich im vollen Maße in Belgien und im freihandelsständigen England genau so und häufiger als im schutzschuttsständigen Deutschland bemerkbar mache. Die preussische Statistik, die genauere Untersuchungen als die Reichsstatistik ermöglichte, habe ergeben, daß die Kinderzahl am stärksten in der Landwirtschaft sei, dann in der Reichsanlage Industrie, Handel und Gewerbe und schließlich in den freien Berufen ständen wieder die selbständigen Unternehmer obenan in der Kinderzahl, dann folgten die ungelerten, darauf die gelerten Arbeiter, und ganz unten hängen die Angestellten. Es schiene sich aus diesen Feststellungen, wenn man überhaupt ein allgemeines Gesetz aufstellen wolle, die Regel zu ergeben, daß die Kinderzahl abnehme mit der Annäherung an die Grenze lebenslänglicher Anstellung. Das bestätigt sich auch in Australien, wo die Verheiratung des Industrialtums zugleich mit dem Rückgang der Kinderzahl ganz auffällig gewachsen sei.

Die Beschränkung der Kinderzahl sei daher mehr eine psychologische als eine wirtschaftliche Erscheinung. Die suggestion spiele eine große Rolle. Die in letzter Zeit sehr ersparte Industrie der Empfängnisverhütungsmittel male durch zahllose Inserate, Flugblätter, Agenten und Agentinnen den Leuten, besonders den jungen Frauen, bis in die entlegensten Dörfer die Vorteile der Kinderbeschränkung verlockend aus dieser Industrie, deren Daseinszweck die Lebensverhinderung sei, die aus der Geburtenverminderung ein Profitgeschäft mache, müsse das Handwerk geleert werden. Ihre aufrichtige Klage müsse verboten, der Verkauf ihrer Artikel, soweit sie nicht direkt gesundheitsgefährlich seien, den Apotheken und einigen wenigen anderen geeigneten Geschäften vorbehalten werden. Vom medizinischen Standpunkt wurde insbesondere auf die erschreckende Zunahme der Fehlgeburten infolge Anwendung gesundheitsgefährlicher Mittel hingewiesen, in den letzten Jahren habe sie nach zuverlässigen Schätzungen die Ziffer 400 000 überschritten. Bei der gleichzeitigen Geburtenminderung sei jedes Kampfmittel gegen das Weltengleichen dieser Zustände willkommen. Unütziges Zusehen heiße den nationalen Selbstmord ruhig geschehen lassen. Die 22. Reichstagskommission kam am Freitag nach zu keinem endgültigen Beschlusse. Es ist aber sehr wahrscheinlich, daß sie die Reichsregierung um ein entsprechendes gesetzliches Verbot ersuchen und daß diese dem Wunsche des Reichstags schleunigst Folge leisten wird.

Verkehrsmuseum für das Erzgebirge im Schloß Augustsburg.

* Auf Einladung des Herrn Lehrers Schäblich in Rambach, die an 28 Erzgebirgsvereine im Gebiet des Erz-

gebirgsvereins der Zwaidauer Straße eingegangen war, fanden sich gestern nachmittag im Viktoria-Hotel zu Aus Vertretung solcher Vereine ein, um sich über Zweck und Ziele des geplanten Museums unterrichten zu lassen. Herr Schäblich gab einen Ueberblick über die Entstehung des Gebäudes, der von Herrn Bürgermeister Dr. Haack-Freiberg ausgegangen war. Der Gedanke, so wie Herr Schäblich weiter aus, mußte Unterstützung finden, da einerseits allgemein anerkannt wurde, daß sich Augustsburg eines ganz besonders lebhaften Fremdenverkehrs erfreue, andererseits daß von diesem Fremdenverkehr das Schloß Augustsburg seiner Schönheit wegen so gern besucht wird. Freilich seien die Besucher nach Bezahlung von 25 Pfg. Platz nicht viel, im Gegenteil, das Schloß ist in bedauerlichem verfallenen Zustande. Der schönste Teil des Schloßes, das 400 Jahre alt ist, das Hofhaus, ist in allerschlechtestem Zustande. Hier haben 1818 die Franzosen, ist in allerschlechtestem Truppquartier aufgeschlagen. Sie wurden von einer Seuche heimgeführt, litten an Entzündungen und kehrten in ihrer Not in Ermangelung von Holz Dienen und Balken des Hauses, die sie herausrißen und herausfügten. Und in diesem Zustand ist das Hofhaus heute noch. Es sind zwar Schritte eingelegt, daß doch einmal von Staatswegen eine Renovation vorgenommen wird, aber trotzdem glaubt man diesem Zwecke auch im Interesse des Erzgebirges von dem Erzgebirgsvereine aus dienen zu müssen, und zwar eben durch die Schaffung des Verkehrsmuseums. Nun gibt es zwar bereits ein Erzgebirgsmuseum in Annaberg, aber nach längeren Verhandlungen ist in einer kürzlich stattgefundenen Sitzung der beiden Museumsausschüsse eine erfreuliche Einigung zustande gekommen. Dem Annaberger Museum bleibt der historische Teil vorbehalten, während das Verkehrsmuseum auf der Augustsburg sich auf alles das erstrecken soll, was dem Verkehr dient und ein Bild der Gegenwart geben soll. Das Museum soll nicht eine Vererbhaltung des Erzgebirgsvereins werden, aber es soll auf dessen Unterstützung gerechnet werden. Das Museum wird eine geographisch-mineralogische Abteilung erhalten, je eine Abteilung für Pflanzen- und Tierwelt, für Geographie und Landschaft, für Literatur, Industrie, Touristik usw.

Die interessantesten Ausführungen des Herrn Schäblich wurden mit großer Aufmerksamkeit von den Anwesenden aufgenommen und man befandete allgemein den besten Willen, an der Vollendung der Planung nach Kräften mitzuwirken. Das Resultat der gestrigen Verhandlungen bildet die Einigung eines Ausschusses, der unter Führung des Herrn Schäblich weiterarbeiten, in den Vereinen Propaganda machen und bis zu dem Osterfesten mit der Propaganda bis zu einem gewissen Resultat kommen soll, bis dann in einer weiteren Verhandlung als Grundare dient. Dem Ausschusse wurden gestern zugeordnet: aus Aue die Herren Lehrer Aretschmar, Hamann, Zell, Handelschulmeister Demmer, Privatier Buchold und Kaufmann Selbmann; aus Niederwiesa die Herren Verkehrsbaumeister Friedrich und Fabrikant Philipp; aus Schneeberg Herr Ratskammer Hofmann; aus Schönheide Herr Schulinspektor Grohmann; aus Eibensdorf die Herren Herr Inspektordirektor Jüßen und Hindrichsen; aus Kirchberg Herr Pastor Scheide. Der Ausschuss für das Schwarzwassergebiet arbeitet unter dem Vorsitz des Herrn Schulinspektor Jahn. Johanngeorgenstadt; ihm wurden beigeordnet die Herren Fröbe und Professor Stiebler. Schwarzenberg und Heiler-Lauter. Die Ausschüsse sollen sich durch Zusätze ergänzen. Es steht zu erwarten, daß der Plan, an einem verkehrsreichen Orte für das Erzgebirge durch ein Museum auf die Schönheit und Eigenart des Erzgebirges hinzuwirken und auf diese Art eine vorzügliche Empfangsstätte zum Besuche des Gebirges zu schaffen, die zeitige Unterstützung durch Beschickung mit interessanten Verkehrsausstellungsmaterialien. Arbeitet doch damit jeder Verein, jeder Einzelne nur im Interesse seiner Heimat, deren Bestes er der Öffentlichkeit zu zeigen Gelegenheit hat. Aus diesem Grunde wünschen auch wir dem neuen Verkehrsmuseum recht gute Erfolge und erlassen gern die Bitte an die Bewohner unseres Verbreitungsgebietes, sich an die Herren Ausschussmitglieder wenden zu wollen, wenn sie Gelegenheit haben, dem Museum willkommene Ausstellungstücke zuzuführen. Der Hauptausschuss des Museums auf der Augustsburg steht unter Leitung des Herrn Amtshauptmanns Dr. Edelmann-Flöha.

interessant zu erfahren, aus welchen Motiven diese Briefe an die Polizei geschrieben wurden. Die meisten dieser Briefschreiber wollen wirklich der Öffentlichkeit und der Polizei einen Dienst erweisen und bei der Entdeckung des Verbrechens helfen. Ein geringer Teil macht sich einen Akt mit der Polizei und hält es für einen guten Witz, sie auf eine falsche Spur zu bringen. Andere Briefschreiber leiden an der Renommierlust, sie wollen sich interessant machen, indem sie der Polizei Nachrichten übermitteln, die in Wahrheit nur Vermutungen der Briefschreiber sind. Aber noch ganz andere Briefe kommen in Betracht. Da hat zum Beispiel jemand einen Schuldner, den er schon seit vielen Monaten sucht, und dessen Wohnung in der Großstadt er durchaus nicht entdecken kann. Der Schuldner ist nicht gemeldet, auch auf dem Einwohnermeldeamt ist keine Adresse nicht zu erfahren. Da wird ein Kapitalverbrecher befragt, und der Gläubiger setzt sich hin und demüßigt den Polizei seinen Schuldner mit vollem Namen als den Täter, in der Hoffnung, daß die Polizei nunmehr nach dem Verdächtigen ansetzt, diesen entdeckt und dadurch dem Gläubiger die Möglichkeit gibt, den Schuldner gerichtlich zu belangen oder, wenn schon ein Urteil vorliegt, Pfänden zu lassen. Doch natürlich auch heute noch Kriminalisten, die behaupten, die Mitarbeit des Publikums sei nur in den seltensten Fällen etwas wert; in den weitläufigen Fällen aber sei die Mitarbeit irrelevant und geradezu schädlich. Dann geschieht aber wieder etwas, wodurch die Mitarbeit des Publikums in das glänzendste Licht gerückt wird.

Von Stadt und Land.

* Sonntag am 2. Februar: 1700 Uhr. Gottschalk, Dichter, * Jubiläum der Königsberg 1. Hr.

Aus 2. Februar.

* Neubau des Gotteshauses. Wir haben schon wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß dem Publikum das Betreten und die Besichtigung des Kirchenbaues, insbesondere der Innere Ausbau, ohne Begleitung des Kirchenvorstandes verboten ist, denn erstens ist damit eine Lebensgefahr für die Betreffenden insofern verbunden, als die Bomben und Schußgewehre an den Treppen, Emporen, Stufen, Böden usw. noch fehlen und ein kleiner Schwundbesenfall, ein Ausgleiten genügt, um ein großes Unglück herbeizuführen; zweitens sind die im Bau begriffenen Arbeiten der Innenausstattung, wie Orgel, Altar, Orgel, Stud, Bildhauerarbeiten, Truppen, Beleuchtung, Körper, Schallkasten, Sakristianbau zu sehr der Beschädigung besonders durch Kinder ausgesetzt. Ihre Weberberufungskosten können je nach dem sehr groß sein. Die Eltern sind für ihre Kinder in diesen Fällen haltbar. Wir lassen deshalb ein solches Beispiel folgen: Im Laufe des gestrigen Nachmittags wurden bei einer Revision durch die Bauleitung annähernd 100 Leute im Neubau der Kirche angetroffen, wovon circa ein Drittel namhaft gemacht werden konnte. Der Schaden, der nun durch das Betreten der seit drei Tagen begonnenen, zur Empore führenden Steinstreppe angerichtet wurde, dürfte sich nicht einmal weniger als auf 100 Mark belaufen und dies nur alles, weil das Verbot nicht eingehalten wurde. Um weiteren dergleichen Schäden vorzubeugen, geht an die Einwohnerschaft von ganz Aue die dringende Bitte, doch fernzuhalten und zwar bis zur Fertigstellung des schönen Gotteshauses, dieses nicht mehr zu betreten und auf die Kinder in diesem Sinne einzuwirken. Die Lehrschaft wird ebenfalls gebeten, ihren Schülern das Betreten des Gebäudes strengstens zu untersagen. Nur auf diese Weise wird es gelingen, die Kirche bis zum festgesetzten Einweihungstage würdig dem gebührenden Zwecke entsprechend auszustatten und zu vollenden. Endlich wird noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß jeder Unvorsichtige nunmehr unweigerlich zur Anzeige gebracht werden muß.

* Krautwagen-Verbindung Grünhain-Beiersfeld-Schwarzberg. Gestern-Aus. Am Sonnabend fand in Schwarzberg Verhandlung der Kreisbauernschaft Jankau mit den Vertretern der beteiligten Gemeinden über die vom Finanzministerium genehmigte staatliche Kraftwagenverbindung Grünhain-Beiersfeld-Schwarzberg-Lauter-Aue statt, womit die vor allem in Grünhain seit reichlich Jahresfrist angestrebte direkte Verbindung mit Schwarzberg-Aue erreicht wird. Namentlich handelt es sich noch darum, daß die beteiligten Gemeinden die erforderliche Garantieleistung übernehmen, die sich nur auf die etwa an der Fahrgemeinschaft fehlenden Wagenanschaffungskosten und den Aufwand der Wagenhallen beschränken soll. Die Kostenverteilung soll je zur Hälfte nach der Einwohnerzahl und der Einkommensteuer stattfinden. Je schneller die Beschlussfassung über die Garantieleistung erfolgt wird, desto eher ist die Betriebsöffnung zu erwarten.

* Sprechstunde des Erzbischofs. Herr Superintendent Thomas hält die nächste Sprechstunde für die Kirchenglieder des Schneeberger Kirchentreffes am Donnerstag, den 5. Februar nachmittags um 5 Uhr im Erzgebirgischen Hof zu Aue ab. Vorherige Anmeldung ist erwünscht.

* Standesamtliches. Beim hiesigen Standesamt, das die Gemeinden Aue, Auerhammer und Mittengut A 15 sterben um'st, wurden im Monat Januar ds. Js. 45 Geburten, und zwar 20 Knaben und 25 Mädchen, gemeldet. An Sterbefällen wurden 19 registriert. Weiter wurden 8 Eheschließungen vollzogen, während 15 Aufgebote bestellt und 4 auswärtige Aufgebote bekannt gemacht wurden.

* Bezirksversammlung deutscher Freimaurer. Die Bezirksversammlung des Vereins deutscher Freimaurer fand unter außerordentlich zahlreicher Beteiligung von Mitgliedern des Vereins aus den verschiedensten Orten der näheren und weiteren Umgebung gestern Sonntag in Aue in der Loge zu den 3 Rosen statt. Vom Hauptort sind waren erschienen General-Lieutenant von Madai aus Dessau und Dr. jur. Schwabe aus Jena, der einen Bericht über die Arbeits-tätigkeit des Vereins erstattete. Die Versammlung leitete Schulinspektor Oswald aus Glauchau. Den Vortrag bot Dr. Ernst Horneffer über den symbolischen Charakter der Freimaurerei.

* Das diesjährige Auer Schützenfest findet, wie wir hören, vom Sonnabend den 11. bis Donnerstag den 16. Juli statt.

* Carolathener. Mit Nachfeier zu Kaisers Geburtstag gedacht, ging gestern das Wilhelmische historische Drama: Königin Luise... in Szene; obwohl es in Aue nicht unbekannt war, hatte es doch zahlreiche Zuschauer angelockt, die voller Lob waren über die ausgezeichnete Darstellung. Namentlich Frau Direktor Steiner in der Titelrolle und Herr Direktor Steiner als Napoleon, beide gleich vorzüglich in Waise, wie auch im Spiel, ernteten lebhaften Beifall, wie überhaupt die ganze Vorstellung sich großer Anerkennung erfreuen durfte. — Am Mittwoch dieser Woche wird Sudermanns hochbedeutungsvolles Schauspiel Johannisfeuer gegeben; die Veranstaltung dieses literarischen Theaterrückfalls ist mit Freuden zu begrüßen.

* Vorträge in der Methodistenkirche. In der Methodistenkirche (Bismarckstraße 12) hält in dieser Woche Herr Prediger Meyer aus Bremerhaven, ein sehr beliebter Volks- und Kangelredner, jeden Abend um 7/9 Uhr religiöse Vorträge über folgende Themen. Montagabend: Hast du ein Recht am Himmel? Dienstagabend: Was ist die Vergangenheit? Mittwochabend: Hast du ein Gewissen? Donnerstagabend: Ein Panorama. Ein Gang zur Methodistenkirche wird für Jedermann reichlich lohnen. Der Eintritt ist für Jedermann frei.

lei in der Zeit, in der das Verbrechen geschah, in seiner Wohnung gewesen, so kann ihm in der Großstadt weder Polizei noch Gericht den Gegenbeweis liefern. In einem kleinen Orte und auf dem Lande sind solche Ausreden ganz und gar unmöglich. Der Großstädter beachtet auch die Menschen, denen er begegnet, nicht weiter, selbst wenn sie ihm auffallen sollten. Der Großstädter hört über oder unter seiner Wohnung Hülse, den Fall schwerer Körper, und kümmert sich doch nicht darum, weil er glaubt, er täusche sich, oder es handle sich um eine ganz harmlose Sache, während in Wirklichkeit ein Mord geschah und vielleicht Verbrecher und Opfer miteinander rangen. Auf dem ländlichen Lande und in dem kleinen Orte würden solche Hilferufe und anderes Geräusch sofort auffallen und zu Nachforschungen Anlaß geben.

Charakteristisch für die Verhältnisse in der Großstadt ist es auch, daß bei jedem Kapitalverbrechen der Polizei in den ersten zwei bis drei Tagen 500 bis 1000 Briefe zugehen, teils mit Namen versehen, teils anonym, in denen Mittelnungen über die Person des Täters gemacht und auf anscheinend wichtige Spuren hingewiesen wird. Diese Zuschriften sind eine wahre Plage für die Kriminalpolizei. Selbst in einem anonymen Schreiben kann sich eine höchst wichtige Nachricht befinden. Der Schreiber hat vielleicht alle Veranlassung, seine Person zu verbergen; er ist vielleicht Mittäter, er fürchtet die Nachforschungen der Polizei, er wird wegen anderer Vergehen belangt, wenn er seinen Namen angibt, oder er hat sonstige Gründe, seine Person zu verbergen. Aber seine Nachricht kann absolut sicher und von unumstößlicher Wahrheit sein. Die Polizei muß daher auf Grund aller dieser Nachrichten Recherchen anstellen, durch welche die Rechte der Beamten fast bis zur Erschöpfung in Anspruch genommen werden und von denen doch nur selten eine Nachricht wirklich Wert hat. Es ist